

## **„Globalisierung“ – Ideologie und Realität**

### **Klarstellungen zu Staat und Weltmarkt heute und eine kritische Auseinandersetzung mit der Anti-Globalisierungs-Bewegung**

Seit Mitte der 90er Jahre ist „Globalisierung“ das Schlagwort der öffentlichen Diskussion. Kein Zeitungsartikel zu wirtschaftlichen Themen, keine Talkrunde im Fernsehen oder Debatte unter den politischen Parteien, wo man nicht das gegenwärtig beliebteste Schlagwort der Wirtschaftspolitik in den Raum wirft. Wer das Wort „Globalisierung“ in den Mund nimmt, tut damit so, als deutet er auf ein *Faktum*, das man erstens schlichtweg nicht bestreiten kann, und das zweitens *Reformen* gebietet. Politiker, Unternehmer, Presseleute und Wissenschaftler streiten dann um die erforderlichen praktischen Antworten auf die Herausforderungen der „Globalisierung“, und sie sind sich in der immergleichen Antwort sehr einig: Angesichts der „Globalisierung“ kann nichts in unserem so schönen Deutschland so bleiben, wie es ist, da ist Schluss mit lustig, „Modernisierung“ ist angesagt, inklusive all der Härten für den einzelnen, die das mit sich bringen mag.

Auch diejenigen, die sich an den offenkundigen Härten für die Menschen stören, die damit angesagt sind, glauben an die Diagnose, heutzutage herrsche die „Globalisierung“, wenn sie sich selbst als *Anti-Globalisierer* bezeichnen.

Angesichts von so viel Einigkeit in der öffentlichen Debatte zur „Globalisierung“ will der Vortrag etwas Uneinigkeit stiften, und zwar will ich das in drei Abteilungen tun:

Wenn von „Globalisierung“ die Rede ist, sollte man die *Sache*, auf die das Schlagwort anspielt, sehr genau von der *Sachzwang-Ideologie* unterscheiden, die damit transportiert wird. Daher

#### 1. Kritik der Sachzwang-Ideologie

ziemlich einfach, also Beantwortung der Fragen: Wie geht das (immergleiche) *Argumentationsmuster*? Und was *leistet* die Rede von der „Globalisierung“?

#### 2. Darstellung und Kritik der Sache

schon schwieriger, nämlich die Sache, auf die Globalisierungs-Ideologie anspielt, ist die Konkurrenz der Nationen auf dem Weltmarkt um die Aneignung der Erträge der weltweiten Reichtumsproduktion, man kann auch sagen Ausbeutung; geht nicht ab ohne etwas *Marxismus*, ohne ein paar *Klarstellungen zum Verhältnis von Staat und Kapital, zu Weltgeld und Weltmarkt heute, und zur Bedeutung von Lohn und Leistung der Arbeit für den nationalen Standort*

### 3. Auseinandersetzung mit der Anti-Globalisierungs-Bewegung

Was will eigentlich eine Bewegung, die sich an den Tagungsorten von G7-, IWF, Weltbank- oder WTO-Treffen zusammenfindet, die sich selbst als „*Anti-Globalisierungs-Bewegung*“ bezeichnet, und die stolz auf ihre unideologische Vielfalt ist? Was bewegt sie – im doppelten Wortsinn: was ruft sie hervor, und was ist ihr Anliegen?

[Anmerkung: Artikel in Gegenstandspunkt – Politische Vierteljahresschrift, die sich mit dem Thema beschäftigen, u.a. „Globalisierung als Sachzwang“, „Anti-Globalisierungs-Bewegung“ und „Attac“, und natürlich die Sache, sprich Staat und Weltmarkt u.a. „Arbeit und Reichtum“]

## 1. „Globalisierung“ - die Sachzwang-Ideologie

Drei aktuelle Beispiele:

- a) Siemens, Opel, VW, Daimler-Chrysler: Im verschärften Wettbewerb auf den globalen Märkten sind deutsche Arbeiter zu teuer. Die Globalisierung verlangt, dass deutsche Arbeiter billiger werden, länger arbeiten für weniger Geld, sonst verlagern die Unternehmen ihre Fertigung nach Osteuropa, Indien oder China.
- b) Bundeskanzler Schröder und seine Agenda 2010: Angesichts der Globalisierung ist der überkommene Sozialstaat nicht mehr haltbar; entweder wir reformieren ihn, oder wir werden reformiert. Die Globalisierung erzwingt die größte Reform der Sozialsysteme seit Bestehen der Bundesrepublik.
- c) Die FAZ schreibt in einem Artikel zur deutschen Hochschullandschaft: „Die Globalisierung verlangt auch und gerade von den Universitäten, im weltweiten Wettbewerb zu bestehen.“ (14/04/2001) und lässt diverse Hochschulpräsidenten zu Wort kommen, die mehr Freiheiten bei der Einwerbung von Sponsorengeldern, bei der Auswahl der zugelassenen Studierenden, Studiengebühren, das Schließen von Hochschulen, wenn sie keine Leistung bringen usw. usf. fordern

Drei beliebig herausgegriffene Beispiele für die angesprochene Sachzwang-Ideologie. Politiker, Unternehmer und Presseleute stellen mit der Formel von der „Globalisierung“ und der dazugehörigen „Verteidigung des Standorts Deutschland“ als unwidersprechlich richtig und notwendig hin, was sie dem Normalbürger zumuten: die rentabilitätsfördernde Schaffung und lohnsenkende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Absenkung der Renten, die Privatisierung der Gesundheitsrisiken, die Auflösung der Flächentarifverträge, die Streichung der Vermögens- und Gewerbesteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes und Steuerbefreiung für Firmenverkäufe einerseits, die Erhöhung der Mineralölsteuer andererseits – und was der ausdrücklich so genannten „sozialen Grausamkeiten“ mehr sind. Alles das muss sein, inklusive der „Modernisierung“ der Hochschulen, die endlich auch dem Wettbewerb ausgesetzt und effizienter werden müssen, wenn „wir“ als industrielles Land überleben wollen.

Das Verlogene bei dieser Rechtfertigung der politischen Reformen ist schon aus der schönen Anwendung der *Dialektik von Ohnmacht und Macht* erkenntlich:

Ohne jeden Ton von Entschuldigung plädieren die politischen Macher einerseits auf *Ohnmacht*: Der Staat könne gar nicht anders. Die Globalisierung der Märkte lasse eine Lohn-, Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Bildungspolitik nach nationalen Traditionen und

Gerechtigkeitsvorstellungen nicht mehr zu. Grenzen hätten ihre „Schutzwirkung“ verloren, seitdem „transnationales Kapital“ alle Länder der Erde als Standorte vergleicht und sich nur dort zur Niederlassung entschließt, wo die Leistungen eines Standorts Weltspitze, seine Kosten dagegen minimal sind. Heute stünden nicht mehr nur die Exportprodukte eines Landes im internationalen Wettbewerb, sondern alle Elemente seines politisch-wirtschaftlichen Innenlebens. Der „ohnmächtig gewordene Nationalstaat“ muss es dem Kapital recht machen, sonst haut es ab. Und das will er auch. Dafür reicht andererseits seine *Macht* nämlich schon noch, dass er das Volk neuen Lebensbedingungen unterwirft und seinen inneren Laden im Interesse einer politisch herbeigeführten Steigerung der Kapitalrendite umkrempelt.

Es ist also gar nicht so, dass der Staat das gar nicht wollte, was er an Reformen durchsetzt. Wozu ihn die Konkurrenz mit anderen Staaten zwingt, das will er auch und dafür setzt er seine Gewalt ein. Und das gleiche gilt für die Unternehmen; auch die wollen, wozu sie der internationale Wettbewerb zwingt, nämlich ihre Kapitalmacht zur Kostensenkung benutzen, um auf dem globalen Märkten ihren Gewinn einzufahren.

Erste Auflösung: „Globalisierung“ ist alles andere als ein anonymer Sachzwang, der auf dem Weltmarkt quasi naturgesetzlich herrscht. Dass hier Staatsagenten und Kapitalisten gewaltsam ihre Interessen gegen die Betroffenen durchsetzen, wird sofort offensichtlich, wenn diese sich einmal zur Verteidigung ihrer Interessen entschließen und zur Wehr setzen – was leider so selten noch vorkommt. Dann steht Kapital- und Staatsinteresse gegen Interessen der Betroffenen an ihrem Einkommen – und die Gewalt entscheidet.

Die Rede von der Globalisierung soll noch von einer anderen Seite aus beleuchtet werden. Das Schlagwort von der „Globalisierung“ ist die moderne Fassung der alten Sachzwang-Ideologie. Sie erklärt die *Form*, wie der Kampf um die Erträge der kapitalistischen Reichtumsproduktion in der Nation wie zwischen den Nationen stattfindet - eben als Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmen unter tatkräftiger Hilfestellung der sie fördernden Staaten - zu einer sachlichen *Notwendigkeit*, an der keiner vorbeikommt. „Wer sich in der weltweiten Konkurrenz nicht behauptet, geht unter! Also bleibt uns gar nichts anderes übrig, wenn wir Arbeit in Deutschland erhalten wollen, als billiger zu produzieren und an Lohnkosten einzusparen.“ – lautet das Mantra der Unternehmer.

Das kann man einerseits gar nicht bestreiten: Es ist ja wirklich so, dass erfolgreiche Unternehmen ihren Gewinn auch in Zukunft nur machen, wenn sie immerzu ihre Lohnkosten senken und billiger produzieren als ihre Konkurrenten; und Unternehmen, denen es an

Gewinn fehlt, müssen durch drastische Kostensenkung wieder Gewinne erwirtschaften oder gehen bankrott. Es wäre absurd zu bestreiten, dass die Unternehmen im weltweiten Wettbewerb, in der Konkurrenz stehen. Nur, sie sind ja nicht gegründet worden, um zu konkurrieren, sondern, um ihre Gründer mit Gewinn zu bereichern. Nur wer Unternehmer ist und eine Kapitalkalkulation tätigt, der begibt sich überhaupt in Konkurrenz zu den anderen, die ebenso wie er kalkulieren und sich alle gemeinsam um den Gewinn streiten. Man sollte also erstens den Betriebszweck eines Unternehmens festhalten – Profit –, und dann zweitens den Zwang der Konkurrenz, den die Unternehmer wechselseitig erzeugen und der sie zur Profitmaximierung zwingt, die sie wollen, und drittens, dass der Konkurrenzzwang nur dort am Werk ist, wo der Betriebszweck des Profits am Werk ist. So gesehen ist der Verweis auf die Konkurrenz das exakte Gegenteil einer Entschuldigung für die unerfreulichen Folgen für Belegschaften; er ist eine vernichtende Kritik des Kapitalismus, wo die Bereicherung und Ausbeutung nicht der Profitgier von einzelnen Kapitalisten geschuldet sind, sondern ihnen von ihrem eigenen System aufgezwungen wird – „bei Strafe ihres Untergangs“, wie Marx gesagt hat.

Die zweite Auflösung der Globalisierungs-Ideologie: Im Lichte der „Globalisierung“ ist der nationale wie „globale“ Wettbewerb nicht die zum weltweiten Kapitalismus gehörige Art und Weise, wie Kapitalisten ihr ureigenes *Interesse an der Geldvermehrung* verfolgen, ein Interesse übrigens, das ganz viel staatliche Gewalt braucht, damit es so unwidersprechlich die Welt regiert, sondern ein *sachlicher Zwang*, dem sich jeder unterzuordnen habe - auch und gerade weil lauter Schäden und Opfer für die von der Globalisierung betroffenen Völker damit angesagt sind.

Eine letzte Anmerkung zu dem Schlagwort „Globalisierung“. Mal nüchtern und unvoreingenommen betrachtet, ist das Wort ein Unding: „global“ ist nichts anderes als das lateinische Wort für „weltumspannend“, und „Globalisierung“ ist die Substantivierung dieses Adjektivs, behauptet einen subjektlosen Prozess zunehmender Weltumspanntheit. Und solch einem Quatsch soll die Menschheit weltweit hilflos ausgeliefert sein?!

[Beispiel FAZ-Leitartikel anlässlich G7-Genua: Globalisierung ist Prozess, der unabhängig abläuft und das Wirtschaften heute bestimmt, und deswegen ist jeder Protest dagegen sozialromantische Träumerei. Die Behauptung eines subjektlosen Sachzwangs blamiert nicht etwa den FAZ-Schreiberling als plumpen Ideologen, sondern jeden Kritiker als ideologischen Traumtänzer!]

**Erstes Fazit: „Globalisierung“ ist kein ein neues Gesetz der Weltwirtschaft, sondern die Sachzwang-Ideologie zur nationalen Konkurrenz um den Weltmarkt. Die**

**Behauptung, heutzutage herrscht „Globalisierung“, ist gewissermaßen der ideologische Universalschlüssel zur Rechtfertigung sämtlicher Maßnahmen, die den Managern von Staat und Kapital zur Sicherstellung des Kapitalerfolgs in dem weltweiten Wettbewerb so einfallen, indem sie diese mit dem Schein der globalen (Natur-) Notwendigkeit versehen.**

*Ideologie* heißt nicht, dass hier verschwiegen würde, worum es bei der globalen Konkurrenz geht und mit welchen Maßnahmen deutsche Politiker den Reichtum ihres Landes und Unternehmer ihr Privateigentum sichern und vergrößern. Verlogen ist die Begründung der Maßnahmen, die damit ja gerade angekündigt und gerechtfertigt werden. Den offiziellen Berufungen auf die „Globalisierung“ kann jedermann die nötigen Auskünfte über die wirkliche *Sache* entnehmen, worin die Staaten die Lebensgrundlagen und Reichtumsquellen ihres Landes sehen, welche Herausforderungen sie bestehen, welche Konkurrenz sie gewinnen wollen, und welche Rolle sie dabei den Normalmenschen zuweisen. Darum soll es in dem jetzt folgenden zweiten Teil meines Vortrags gehen.

## **2. Die Sache – Die Konkurrenz der Nationen um die Aneignung der Erträge der weltweiten Ausbeutung**

**Die Leitthese dieses Teils lautet: Was unter dem Titel „Die Herausforderungen der Globalisierung bewältigen“ stattfindet, ist der Einsatz der politischen Macht zur Sicherstellung des nationalen Vorteils aus der weltweiten Profitmacherei des Kapitals.**

### **0.**

Noch eine Vorbemerkung: Insofern ist meine Leitthese die Gegenthese zu all den Globalisierungstheoretikern, die angesichts globaler Kommunikationsnetze und internationaler Finanzmärkte und der Millisekunden, in denen sie Milliardensummen um den Globus beamen, die Nationalstaaten zur Ohnmacht verurteilt oder zumindest von einem gravierenden Machtverlust betroffen sehen; und die ein neues Zeitalter der Weltwirtschaft, das der „Globalisierung“ eben, ausrufen.

Das Stichwort in der wirtschaftspolitischen wie akademischen, wissenschaftlichen Diskussion zur angeblichen Entmachtung der Politik und zum Machtverlust des Staates lautet: „*Neo-Liberalismus*“. Vorstellung, der Staat ziehe sich immer mehr aus der Regulation der Ökonomie zurück, auf das ein „Manchester“- oder „Turbo“- oder „Raubtier“-Kapitalismus Platz greifen kann. Einigt sämtliche globalisierungskritischen Statements, von der Französin Vivienne Forrester (*Terror der Ökonomie; Diktatur des Profits*) über frühe Bestseller wie das Buch der Spiegelautoren Martin/Schumann „Die Globalisierungsfalle – Angriff auf Demokratie und Wohlstand“ bis hin zu Lafontaine (Machtverlust der Politik, brutale Ökonomisierung aller Bereiche, Finanzkapitalisten als Heuschrecken). Behauptung, eine falsche Ideologie hat sich in den Köpfen von Politikern und in der Marktwirtschaft breit gemacht: anstatt den Markt sozial zu regeln („Keynesianismus“ und „Soziale Marktwirtschaft“), lässt man dem Marktgeschehen freien Lauf. Was gegenwärtig unter dem Stichwort „Folgen der Globalisierung“ besprochen wird, Arbeitslose, Sozialabbau und Massenverarmung, soll nicht system-notwendig sein, nicht die den Fortschritten der globalen Profitproduktion geschuldet, sondern der neoliberalen Verblendung von Politikern und Wirtschaftsführern.

Treppenwitz Müntefering: Nachdem die rot-grüne Regierung ihre ganze Macht in Anschlag gebracht hat, um den Standort Deutschland fürs Kapital attraktiv zu machen – angefangen von der Senkung der Unternehmenssteuern bis hin zur flächendeckenden Verarmung durch Hartz IV -, beklagt er den Machtverlust des Staates und den Sieg des Kapitals. Kapitalisten als Vaterlandsverräter statt Patrioten. Wo wir alles für den Profit des Kapitals tun und das

deutsche Arbeitsvolk billiger und williger machen, sollen die endlich auch das anerkennen, statt immer noch an der Regierung herumzumeckern, und für Deutschland und in Deutschland investieren.

Generell gilt: Im Gegensatz zu der Überzeugung derjenigen, die in der Globalisierung die Ideologie des Neoliberalismus im Vormarsch und die Ordnungsmacht des Nationalstaates im Niedergang sehen, sind die Politiker aller Parteien jedenfalls nicht von Zweifeln darüber geplagt, ob das Kapital für die Nationen noch bedeutsam und nützlich ist. Selbst die Klagen über die unpatriotischen Unternehmer sind ja Aufforderung und Angebot, in Deutschland und von Deutschland aus ihr kapitalistisches Geschäft zu betreiben. Die deutschen Politiker, die von den Chancen und Risiken der Globalisierung reden, machen sich mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit an die Reformen, die es braucht, um ihrem Land die Bereicherung an der internationalen Geschäftstätigkeit zu sichern – und insoweit das Kapital zu „nationalisieren“. Wie das geht, dazu die folgenden Thesen.

## 1.

„Global“ ist die Wirtschaft schon seit langem – auch wenn diejenigen, die das Zeitalter der Globalisierung ausgerufen haben, so tun, als hätten sie erst jetzt „den rauen Wind der Weltwirtschaft“ entdeckt! Die Mobilität des Kapitals, das sich weltweit mit Kaufkraft und Rohstoffen eindeckt, das jeden Erdenwinkel nach rentabler Arbeit, also profitablen Investitionen absucht, ist nämlich schon etwas älter als das Internet und die sinkenden Kommunikationskosten. „Die Tendenz den Weltmarkt zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben.“ hat Marx schon vor 150 Jahren analysiert. Für die Bewegung des Kapitals, aus Geld mehr Geld zu machen, ist das nationale Territorium von vorneherein zu klein. In dem Boden der eigenen Nation finden sich nicht die nötigen Rohstoffe oder nicht zu profitversprechenden Preisen; der profitliche Verkauf der produzierten Waren darf nicht an der beschränkten Kaufkraft des heimatlichen Volkes scheitern, also ist für das Kapital der nationale Markt von vorneherein zu klein und der Weltmarkt, den es schafft sein ureigenstes Geschäftsfeld. Das gleiche gilt für Investitionen und Arbeitskräfte. Ebenfalls seit 150 Jahren betätigt sich der Staat für seine Kapitalisten als Geburtshelfer des Weltmarkts: er stellt mit seiner Gewalt die nötigen Beziehungen zwischen den Staaten her, öffnet damit die fremden Märkte, sichert die Geschäfte auf dem Weltmarkt ab, erweitert sie. Das hat der alte Kapitalismuskritiker im Auge gehabt mit seiner Aussage: „Gewalt ist eine ökonomische Potenz.“

Und seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Internationalisierung des Geschäfts das ausdrückliche Programm der gesamten Weltwirtschaftsordnung (Stichwort Bretton Woods 1944) und Leitfaden der europäischen Staatengemeinschaft. Gerade die G7-Staaten, in denen über die „Globalisierung“ geklagt wird, sind es, die diese Globalisierung vorangetrieben und ausgenutzt haben. Sie soll ja auch nicht rückgängig gemacht werden. Im Gegenteil. Die „Liberalisierung der Weltwirtschaft“ wird immerzu erweitert. Zu Beginn der 90er Jahre kam der aus imperialistischer Sicht historische Glücksfall dazu, dass sich der „reale Sozialismus“ selbst liquidierte und seitdem die Grundrechnungsarten des Kapitals auch in sämtlichen Staaten des ehemaligen Ostblocks gelten. Und heute geht es darum, die Reste von bisher national betreuten Sphären international tätigen Kapitalgesellschaften als Geschäftsfelder zu erschließen: Versicherungs- und Bankenwesen, Telekom, Energie, Luftfahrt, Eisenbahn.

Vorangetrieben durch die erfolgreichen G7-Staaten wird da ein *Entmachtungsprogramm* gegen den Staatenrest, die Befreiung von Geschäftssphären aus der Protektion dieser Staaten, um sie dem Zugriff der internationalen Kapitale zu öffnen.

**Das lokale, in ihrem Hoheitsgebiet stattfindende Geldverdienen ist für demokratische Marktwirtschaftler eine einzige Beschränkung. Die Nationen, die ihre Gesellschaften auf das Wachstum von Kapital festlegen und dieses mit allen Mitteln ihrer politischen Herrschaft befördern, sind *Fanatiker des kapitalistischen Inter-Nationalismus*. Sie gebrauchen ihre Macht zu Herstellung, Erweiterung und Absicherung der Bedingungen des Weltmarktes.**

## 2.

Was ist jetzt das Interesse der Staaten an dem Weltmarkt, den sie als Betätigungsfeld für die Internationale der Unternehmer eingerichtet haben? Staaten sind ja keine Unternehmen, die auf dem Weltmarkt kaufen und verkaufen, investieren und arbeiten lassen. [Anmerkung: die Sprache ist hier von den imperialistischen Staaten, die den Weltmarkt herstellen und bestimmen, also solchen Kalibern wie Deutschland, den G7.]

Wenn Staaten ihre Unternehmer in alle Welt herausschicken, dann sollen sie auf dem Weltmarkt Geld verdienen, natürlich für ihre Geschäftsbilanzen, aber auch für die Bilanz der Nation. *Der Nation Geld verschaffen*, ist der staatliche Auftrag, unter dem der grenzüberschreitende Geschäftsverkehr steht. Er hat die *quantitative* Seite, dass Exporterfolge positive Außenbilanzen, also Zahlungseingänge aus dem Ausland bewirken

und den Nationalreichtum vergrößern. Er hat aber zugleich und darin auch die *qualitative* Seite: Die Geschäfte der Kapitalisten sollen der Nation ein Geld verschaffen, ein gutes, stabiles, weltweit brauchbares und nachgefragtes. Schließlich hängt davon der *Nationalreichtum* ab – und die *Verschuldungsfähigkeit* des Staates. Wenn sein Geld, seine Währung weltweit gefragtes und benutztes Geschäftsmittel ist, dann sind die Schuldtitel, mit denen sich der Staat seine Haushaltsmittel weit über die Steuereinnahmen hinaus vergrößert, so gut wie Geld – und das Ideal des Dukatenesels ist für ihn Wirklichkeit. Vom weltweiten Status seiner Währung hängt ab, was der Staat *sich* leisten kann – vom Verkehrswesen über Forschung und Bildung bis hin zum Militär -, und er daher auch seinen *die Wirtschaft* genannten Lieblingsbürgern zu leisten vermag.

Moderne Nationalstaaten haben ein ureigenes Interesse am Weltmarkt. Nicht zur Beschaffung von Erdöl und Südfrüchten erlauben und fördern Staaten den Außenverkehr, sondern zur Vergrößerung der ökonomischen Macht, die in der Qualität, der Stabilität und Nachgefragtheit ihrer nationalen Währung liegt. Dies ist eine Klarstellung, die man gar nicht oft genug wiederholen kann angesichts des volkswirtschaftlichen Geschwätzes von der internationalen Arbeitsteilung, das einfach nicht aussterben will. Geschäfte weltweit sollen *den Nationalkredit stärken*. So betätigt sich der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ und macht die Unterordnung des Gebrauchswerts unter den Tauschwert zu seiner Sache.

Das gilt auch und erst recht dann, wenn sich Nationen wie die europäischen zusammenschließen und ein gemeinsames neues Geld schaffen. Die Europäische Union betreibt mit ihrem Euro das Projekt eines alternativen Weltgeldes zum Dollar. Verfügt eine Nation dann über ein Weltgeld, dann besitzt sie damit das weltweite Zugriffsmittel auf alle Elemente des Reichtums und der Macht – und schließt andere Staaten mit ihren Schwachwährungen eben davon aus. Sieger in dieser weltweiten Konkurrenz sind genau die Handvoll G7-Staaten mit ihrem Dollar-, Yen- oder ganz aktuell Euro-Imperialismus.

**So werden Staatsführer, nachdem sie ihren heimischen Unternehmern, diesen vaterlandslosen Gesellen die ganze Welt geöffnet haben, zu *Geldpatrioten*, die das Wachstum im Land und außerhalb daraufhin taxieren, was es zur Stabilität der Währung und zu den Bilanzen der Nation beiträgt. Der internationalen Konkurrenz ausgesetzt, sind die einheimischen Kapitalisten ebenso wie geschäftstüchtige Investoren aus dem Ausland *die bevorzugten Betreuungsobjekte* der staatlichen Fürsorge.**

### 3.

Solange das Wachstum im Land und seine Außenhandelsbilanzen in Ordnung gehen, solange das nationale Geld gefragt ist und in der Summe wächst, sind die Verantwortlichen von den „Wohlstandsgewinnen“ aus der „internationalen Arbeitsteilung“ überzeugt. Von „Risiken der Globalisierung“ reden sie, sobald ihre Rechnungen nicht aufgehen und der nationale Ertrag aus dem Weltgeschäft zu wünschen übrig lässt. Das ist das ganze Geheimnis des Schlagworts „Globalisierung“: die bislang erfolgsverwöhnten Wirtschaftsmächte, die G7 eben, kommen zu der Diagnose, die Fortführung ihrer bisherigen Erfolge in der Weltmarktkonkurrenz sei alles andere als garantiert, erfordere also ganz gehörige zusätzliche Anstrengungen, um auch in Zukunft zu den Gewinnern zu gehören, die sich am Weltmarkt bereichern. Ein Staat wie Deutschland, ehemals Veranstalter eines kapitalistischen Wirtschaftswunders und damit selbsterklärtes Modell für die unterlegenen Konkurrenten, muss konstatieren, dass die Gleichung „Globalisierung = Wachstum = vorrangiger Nutzen der eigenen Nation“ nicht (mehr) aufgeht.

Ein nationaler Missstand liegt vor, wenn zwar Siemens, Daimler-Chrysler, Bayer oder e.on als deutsche „global player“ weltweit gute Geschäfte machen, aber diese ihrem Herkunftsland nicht zugute kommen. Dabei liegt das Problem nicht darin, dass sie ihr Wachstum vor allem im Ausland erzielen - schließlich bereichern auch aus Ausländern herausgeholt Profite die deutschen Stammhäuser und deutschen Aktionäre und vergrößern die Schlagkraft der hier beheimateten Multis. Das ist gut und gewollt. Aber eine nationale Problemlage liegt dann vor, wenn derartige Erfolge mit einer Lage in Deutschland einhergehen, in der das Wachstum nur schwach wächst, die Steuereinkünfte auch oder gar zu sinken drohen und die Staatsverschuldung die staatliche Handlungsfreiheit empfindlich beschränkt. Dann schlagen sich die Geschäftserfolge auf dem Weltmarkt offenbar nicht genug als nationale Zuwächse nieder; dann fehlt es am allgemeinen Erwerbsleben.

Geschäftserfolg und Staatserfolg sind eben nicht identisch. Die Profitkalkulation von Kapitalisten und der Haushalt des Staates fallen nicht zusammen: für das Kapital ist mit der erfolgreichen Geldvermehrung, in welchem Erdteil auch immer, die Sache erledigt, der Staat hat ein anderes, sein eigenes Kriterium, wie sich der Kapitalerfolg in seinem Haushalt niederschlägt. Der weltwirtschaftende Staat achtet eben sehr auf den Unterschied zwischen dem Reichtum, der sich bei ihm sammelt, und dem, der anderswo landet. Das Wachstum der Weltwirtschaft schlechthin ist ihm überhaupt kein Anliegen. Exklusiv am Weltmarkt verdienen, auf Kosten der anderen – das ist das Ziel. Wenn der nationale Zuwachs für die Ansprüche des Staates, der ihn verbucht, zu gering ausfällt, dann stehen Anstrengungen an, die nationalen Reichtumsquellen zu schützen und „Fehlentwicklungen“ zu korrigieren. Die

Diagnose gerät zur *Selbstkritik der Nation*, die es den Kapitalisten offenbar zu schwer macht, in und für Deutschland Arbeiter auszunutzen und Gewinne zu machen.

**Den Schutz der nationalen Reichtumsquellen organisiert der Staat, der sich am Weltmarkt bereichern will, offensiv als *Kampf um den nationalen Anteil am Weltgeschäft*. Ein „Zurück hinter die Globalisierung“ durch Protektionismus oder gar Abschottung vom Weltmarkt will keiner der maßgeblichen Staaten. Mögen auch amerikanische Handelskriege mit Japan oder europäische Importbeschränkungen in diesem Gegeneinander der Nationen noch zeitweise ihren Dienst tun, so ist die Devise des heutigen Schutzes der nationalen Reichtumsquelle, dass *der Sieg in der Konkurrenz der beste Protektionismus* ist. Das ist die – wenn man so will – „neue“ Sachlage, auf die sich die Globalisierungs-Ideologie bezieht.**

[Anmerkung: Es gibt Alternativen zur „Globalisierung“, nämlich 1) Ausstieg aus dem Weltmarkt und „auf die eigene Kraft der Massen bauen“ – Nationalkommunismus, oder 2) mit Krieg sich den Reichtum aneignen – Faschismus.]

#### 4.

Unter diesem Gesichtspunkt wird das Land ausdrücklich „*Standort*“. Und das meint etwas ganz anderes, als das hier in Deutschland der Boden ist, auf dem Fabriken oder Büros stehen, in denen Menschen arbeiten. Und das heißt auch nicht mehr, dass Frankfurt oder München der selbstverständliche Boden der im Land beheimateten Kapitale ist. Als „Standort“ ist das Land von vorneherein Teil des Weltgeschäfts, seine Wirtschaftskraft so groß, wie es ihm gelingt, sich als Wahlheimat internationaler Kapitale zu bewähren. Die Nation konkurriert nicht mehr nur mit Überschüssen, die ihr Innenleben hervorgebracht hat, ihr ganzes inneres Wirtschaftsleben ist Resultat einer *Konkurrenz um Kapitalanlage*.

**Das Projekt „Standortkonkurrenz gewinnen“ ist eine sehr *ausschließende Sache*. Dieselben Nationen, die ihre Kapitalisten in die Welt hinausgeschickt und zur Nutzung aller Gewinnchancen, gleichgültig wo, aufgefordert haben, werden jetzt sehr *territorial*: *Hier soll das internationale Kapital anlegen, nicht anderswo!***

Dass inzwischen auch Chinesen oder Indonesier Autos, Computer oder Bildschirme bauen können, ist kein Glück oder Fortschritt, sondern eine Gefährdung der „alten Industrienationen“ und ihres Vorsprungs, mit dem sie bisher den Weltmarkt unter sich ausgemacht und gegen den Rest der Welt monopolisiert hatten. Auch wieder eine schöne

Klarstellung über die Natur des Weltmarktes – und eine vernichtende Kritik gleich noch gratis dazu. Wenn heutzutage überall auf dem Globus Autos, Computer, Arzneimittel usw. produziert werden, dann wäre zwar der sachliche Reichtum größer und die Menschheit wäre insgesamt reicher. Aber so funktioniert der Weltmarkt nicht, weil es auf den abstrakten Geldreichtum ankommt. Da addiert sich nichts! Was die „Schwellenländer“ oder „aufsteigenden Weltwirtschaftsmächte“ China und Indien herzustellen vermögen, fehlt an Produktion und Gewinn in Deutschland. „Wir“ müssen die neuen Konkurrenten aus dem Feld schlagen und ihre Reichtumsquellen entwerten, wenn wir „unseren“ Anteil am globalen Gewinn, auf den wir ein quasi angeborenes Recht haben, verteidigen wollen. Wir oder die! Im Weltmaßstab sind Staaten Privateigentümer, die sich wechselseitig vom kapitalistischen Reichtum ausschließen.

## 5.

Die *Waffe in der Standortkonkurrenz* ist die *Attraktion*, die eine Nation auf die internationalen Kapitalisten ausübt, die sie anlocken will. Der Staat, der seinen Anteil am Weltgeschäft verteidigen und steigern will, bemüht sich um *die Garantie exklusiver Geschäftsbedingungen*, wie sie konkurrierende nationale Standorte nicht hinkriegen. Was er zu bieten hat, reicht von der Qualität des Geldes, das sich bei ihm verdienen, und der Masse an Kaufkraft, die sich ausnutzen lässt, über die Höhe der Subventionen, die Geschäftsleute kassieren, und die Niedrigkeit der Steuern, die sie zahlen, bis hin zu Preis und Leistung des alles entscheidenden „Produktionsfaktors“ Arbeit.

**Damit Kapitalisten der deutschen Nation den Dienst tun, den Weltmarkt von ihrem Standort aus zu erobern, tut sie ihnen den Dienst, sich als ein einziges Angebot an ihren Profitwillen herzurichten. Aufrüstung des deutschen Standorts steht an. Der „ideelle Gesamtkapitalist“ benimmt sich wie ein reeller und betrachtet das ganze Land wie einen Konzern, bestimmt, Weltgeld zu verdienen.**

[Anmerkung: Hierhin gehört die aktuelle „Patriotismusdebatte“ und „Kapitalismuskritik“ der Regierungspartei mit ihrem Vorwurf an die „vaterlandslosen Unternehmer“. Wenn wir schon fundamental den Standort reformiert und die Freiheiten des Geldverdienens durch die drastische Verbilligung des deutschen Arbeitsvolkes vergrößert haben, dann ist es unpatriotisch von den Kapitalisten, nicht in Deutschland zu investieren! Die Kapitalismuskritik der SPD ist keine soziale, sondern eine nationale, und zielt auf die eindeutige Beantwortung der *Schuldfrage*: die Regierung hat ihren Teil für den Aufschwung Deutschlands getan, der

nur deshalb nicht kommt, weil die Kapitalisten ihren Teil der nationalen Pflicht schuldig bleiben, absahnen statt Arbeit zu schaffen.]

Gemessen an diesem Anspruch werden sämtliche Wirtschaftsbranchen *durchgemustert*: was nicht dem verschärften Rentabilitätskriterium standhält – die Landwirtschaft und „veralteten Industriebranchen Stahl und Kohle oder Schiffbau“ - kostet den Staat nur Subventionen und wird samt lebendem Inventar *brachgelegt*; für „Zukunftsindustrien“, die in wenigen Jahren „Kostenführerschaft am Weltmarkt“ versprechen – Information und Kommunikation, Luft- und Raumfahrt, Gen- und Biotechnologie – macht der Staat, der sonst immer an chronischer Geldknappheit leidet, Milliarden an *Subventionen* locker, und er schmiedet selbst die Trusts und Konzerne von der Kapitalgröße, die nötig ist, um gegen auswärtige Weltfirmen anzutreten.

**„Globalisierung“ ist also die Chiffre für ein Aufrüstungsprogramm für den Kapitalismus, damit er weitergeht; also von wegen eine neue Etappe oder Phase, wo alles ganz anders wird!**

## 6.

Die *Bevölkerung* bekommt den Umstand, dass ihr Vaterland sich den Weltmarkt als Reichtumsquelle erkoren hat, nicht in der Form billiger Lebensmittel oder toller Urlaubsreisen, sondern vor allem so zu spüren, dass ihre Dienste nur mehr so gefragt sind, dass und wenn sie *jeden Vergleich mit Preis und Leistung jedes Billiglohnarbeiters in irgendeinem Winkel des Globus* aushalten, ob in Osteuropa, Asien oder Südamerika. Viel von der Arbeit, die bisher gewinnbringend war, erweist sich als nicht rentabel, sobald ihr Produkt irgendwo auf der Welt – wer weiß auf welche Weise – billiger hergestellt werden kann. Sie kann entfallen und mit ihr der Lebensunterhalt, der sich daraus ergab.

Die übrigen Abteilungen der nationalen Arbeit werden für die Standortkonkurrenz fit gemacht: Sie sind schlicht zu teuer. Die *Kapitalisten* gebrauchen die Freiheit des globalen Geschäftemachens, um ihre Belegschaften zu erpressen und ihnen die Drohung zu präsentieren, entweder zu den Löhnen eines Lohnarbeiters in Polen, einer Bandarbeiterin in China oder eine Softwareprogrammierers in Indien zu arbeiten oder eben gar nicht mehr zu arbeiten. Die Erpressung wirkt, und die abhängigen Einkommen sinken auf breiter Front. Der *Staat* tut seinen Anteil, damit diese Verbilligung des deutschen Arbeitsvolks auch wirklich flächendeckend passiert. Wo er selbst *Arbeitgeber* ist, geht er mit gutem Beispiel voran und senkt in seinem öffentlichen Dienst die Löhne und verlängert die Arbeitszeiten. Wo er der

*Organisator der gesellschaftlichen Ausbeutungsbedingungen* ist, sorgt er durch die Reform des Sozialstaates für die Senkung des nationalen Lohnniveaus. Denn ein nicht geringer Teil des Lohns, für deren Drückung er sich einsetzt, sind die sozial-verstaatlichten *Lohnnebenkosten* und damit ohnehin Gegenstand seiner politischer Entscheidungen. Diese von Marx einmal „*historisch-moralisches Element*“ genannten Lohnbestandteile, die ganz wesentlich den Lebensstandard definieren, der Arbeitern zugestanden ist, werden politisch heruntergefahren. Der Abbau des Sozialstaates, die drastische Verarmung der Arbeitslosen und der Zwang zur Arbeit für jeden Preis – das sind die Instrumente, die der Staat in der Standortkonkurrenz in Anschlag bringt.

**Die „Wohlstandsgewinne“, welche die Nation aus dem globalen Geschäft zu ziehen beabsichtigt, vertragen den Lebensstandard nicht, der bei der deutschen arbeitenden Bevölkerung normal gewesen ist. Verelendung, eine längst widerlegt geglaubte Begleiterscheinung des kapitalistischen Wachstums, ist aktuelles nationales Programm. Die Senkung des Lohns ist die Waffe in der Standortkonkurrenz. Sie verspricht überall dort Vorteile, wo es noch etwas zusammenzustreichen gibt. Und weil alle Staaten diese Waffe gegeneinander in Anschlag bringen, verarmen die Lohnarbeiter in allen Ländern des OECD Raums – bei gleichzeitig rapide steigender Produktivkraft der Arbeit.**

So gestaltet sich der *Dienst*, den die Nation von den kapitalistischen Klassen einfordert, und die Weise, wie sie diesen Dienst einfordert, systemgerecht verschieden: Der Dienst der *Kapitalisten* besteht im Gewinnemachen, das sowieso ihr Interesse ist; diesen Dienst sichert das Land durch eine Liste von Sonderangeboten, welche die Umworbene nicht ausschlagen können. Der Dienst der *Arbeiterschaft* besteht im ungeschminkten Opfer für das Land. Kein Wunder, dass auf eine feste *nationale Gesinnung* bei diesen Bürgern sehr viel Wert gelegt wird: Die letzten Anhängsel des weltweiten Geschäfts, die sie sind, werden als die zuständigen Verantwortlichen angesprochen, die es in der Hand haben, ihr Land und ihre Lebensgrundlage gegen ein bedrohliches Ausland zu verteidigen: Dort sitzen andere Arbeiter, die durch ihre Billigkeit und Willigkeit deutsche Arbeitsplätze gefährden! Ihr könnt weiterhin vom Kapital leben, wenn ihr ersten schlechter davon lebt, und zweitens billige Ausländer aus dem Rennen werft, die unsinnigerweise auch von ihren Diensten am Kapital leben wollen. Die oder ihr!

Leider zieht diese Erpressung bei den Belegschaften. Die Drohung der Unternehmer, die Produktion ins Ausland zu verlegen, wenn die Arbeit nicht drastisch billiger wird, kontert niemand: dann sollen sie abhauen, wohin der Pfeffer wächst, arbeiten und produzieren

können wie als Arbeiter auch alleine. Weil die Arbeiter die für sie so schädliche Abhängigkeit vom Kapital nicht loswerden, sondern sich in ihr bewähren wollen, leuchtet ihnen dann auch der ihnen von Unternehmern und Politikern präsentierte Sachzwang der Globalisierung ein.

## Die Anti-Globalisierungs-Bewegung

Was wollen eigentlich die vielen tausend Demonstranten, die sich über das Internet koordinieren und als „*Anti-Globalisierungs-Bewegung*“ an den Tagungsorten von G7-, IWF, Weltbank- oder WTO-Treffen zusammenfinden?

Bei denjenigen, die sich selbst die „Gegner der Globalisierung“ nennen, gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen und Strömungen. Da gibt es kirchliche Gruppen aller Konfessionen, NGOs, Gewerkschafter aller Couleur, Freunde indigener Kulturen, alternative Professoren der Volkswirtschaftslehre, Kritiker des Kapitalismus, die auf manches Marx-Zitat zurückgreifen, Umweltaktivisten, Schwule und Lesben usw. usf.. Und alle sind stolz darauf, dass alle diese Auffassungen, die oft genug gegensätzlich sind, in der „Bewegung“ nebeneinander existieren können. Damit es nicht heißt, ich wollte alle über einen Kamm scheren, will ich an einem prominenten Beispiel – der Bewegung Attac, die für die Besteuerung von internationalen Finanztransaktionen und Schuldenstreichung für Entwicklungsländer eintritt – die Frage beantworten, was diese Anti-Globalisierer bewegt und was sie wollen.

Weltbild von Attac (französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zugunsten der Bürger“) behauptet: Globalisierung heißt, die internationalen Finanzmärkte sind die neue Macht, sie unterwerfen die demokratisch gewählten Regierungen ihrer Disziplin, und alle Lebensbereiche geraten unter das Diktat des „shareholder value“; wenigen Globalisierungsgewinnern stehen viele Globalisierungsverlierer gegenüber; soziale Unsicherheit, Ausgrenzung, Armut wachsen hier, aber vor allem weltweit und in den Entwicklungsländern. Deshalb braucht es eine andere Politik, welche die entfesselten (Finanz-) Marktkräfte fesselt; erste Schritte sind Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer und eine Steuer auf internationale Finanztransaktionen (die sogenannte Tobin-Tax).

### Forderung nach Schuldenerlass

- trifft durchaus auf offene Ohren bzw. haben doch tatsächlich die G7 auf einem ihrer letzten Gipfel für die ärmsten Länder einen solchen Schuldenerlass beschlossen; allerdings nicht wegen den armen Farbigen, sondern weil die Imperialisten vor den Trümmern ihrer politischen und ökonomischen Erschließung Afrikas und anderer Weltgegenden stehen; für ein Viertel der Staatenwelt (HIPC) hat ihr Einbezug in die Weltwirtschaft zu ihrer kompletten Ruinierung als Staatswesen geführt. Sie sind „failing states“, in denen Armut, Aids, Korruption herrscht und auch die Gefahr, dass

antiwestliche Terroristen sich dort einnisten. Die Kredite, die man diesen Staaten seit ihrer Unabhängigkeit zur Finanzierung der dortigen Herrschaft und des Abtransports der natürlichen Rohstoffe gegeben hat, sind längst uneinbringlich. Die Staaten sind für bankrott erklärt – und seitdem fehlt es an Geld für selbst die elementarsten Staatsfunktionen, die Politik besteht im Bandenkrieg, das Volk ist aidsverseucht, den Abtransport von Rohstoffen, sofern es so was überhaupt gibt, sichern sich internationale Konzerne mit Privatarmeen. Ohne neues Geld wird es noch nicht mal eine ansprechbare Staatlichkeit in diesen Staaten für ausländische Mächte geben – also noch nicht einmal die Bedingung für die Möglichkeit, irgendein Geschäft in diesem Land zu machen, auch wenn gegenwärtig gar kein aktuelles Geschäftsinteresse absehbar ist.

Schuldenerlass ist also erstens weltöffentlich vollzogener Staatsbankrott – und zweitens bestenfalls Auftakt zu neuer Verschuldung, also Zinsknechtschaft dieser Dritte-Welt-Staaten, sprich, dass diese Staaten überhaupt wieder Kredit für ihre Herrschaftsbedürfnisse bekommen bzw. ihre Einnahmen aus dem Abtransport von Rohstoffen für die Aufrechterhaltung von Law & Order verwenden können, statt sie direkt in die Metropolen zu überweisen.

- Entschuldungsfreunde sehen das ganz anders:  
*alte Schulden schlecht* – hätten die reichen Industrieländer in der Vergangenheit die Entwicklungsländer nicht so hoch bei sich verschuldet, dann ginge es den Menschen dort nicht so schlecht;  
*neue Kredite gut* – als könnte Kredit, im rechten Maß gewährt, ein echtes Lebensmittel für die Armen sein – und nicht etwa Geldkapital, vorgestreckt, um als Plus an den Geldgeber zurückzufließen!
- keiner der Entschuldungsfreunde kommt darauf, zu sagen, dass der Hammer dieses Systems das *Geld* ist, dass es auf dem Weltmarkt um die *Bereicherung* der Nationen geht, dass der Gebrauchswert dem Wert und seiner *Verwertung* untergeordnet ist, dass die Menschen auch nur dann etwas zu beißen haben, wenn sie es sich kaufen können, dass Geld, Kredit und Armut der Massen zusammengehören usw. usf. – die Anti-Globalisierer haben über nichts studiert und über nichts gescheit nachgedacht; viel lieber leisten sie sich den guten Glauben, ausgerechnet Geld und Kredit könnten ein tolles Mittel zur Beseitigung von Armut sein, wenn nur unsere Politiker endlich die Finanzkapitalisten zähmen und die Interessen der Mehrheit der Menschen gegen die der Wirtschaft vertreten würden

Forderung nach Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen (Tobin-Steuer von 1% auf alle Devisentransaktionen, ergäbe rund \$700 Mrd. Einnahmen für die Staaten bzw. UN)

- sachlich: Staaten unterlassen es nicht aus *Ohnmacht*, weil sie unter dem Diktat der Wallstreet stehen, eine Steuer auf internationale Finanzgeschäfte zu erheben, vielmehr haben die G7-Staaten aus einer eindeutigen materiellen *Berechnung* heraus das Finanzkapital freigesetzt und zum globalen Geschäft ermächtigt; Die kapitalistischen Staaten machen sich nämlich nicht die falsche Unterscheidung von gutem, weil Güter *schaffenden* Kapital, und bösem, weil spekulierend *raffendem* Geldkapital zu eigen, sondern wissen um die unverzichtbaren *nützlichen Dienste des Finanzkapitals* für die Geschäfte auf dem Weltmarkt und die Bereicherung ihrer Nationen darauf: Kapital soll mobil sein, soll in flexibel in jeweils die Branche wechseln können, die höchsten Gewinn verspricht, national und international, ausreichend Kredit soll dafür jederzeit zur Verfügung stehen, und das global; und nicht zuletzt wollen die Staaten selbst bei ihrem Geldbedarf, also ihrer Verschuldung, sich des internationalen Finanzkapitals bedienen, das sich in ihren Schuldtiteln anlegen soll.

Von daher ist die Vorstellung naiv und absurd, ein globaler Kapitalismus wäre ohne die Freiheit der internationalen Finanzmärkte zu haben.

Wenn jetzt Staaten mit Kapitalverkehrskontrollen liebäugeln, dann erst mal wegen sich, der Gefährdungen des Welt-Kreditsystems und der davon ausgehenden Gefährdung für das Wachstum der Weltwirtschaft. Auf die Idee, eine Steuer auf Finanztransaktionen zu erheben, kam der Herr Ökonom und Nobelpreisträger Tobin anlässlich der Ostasienkrise Ende der 90er Jahre, ausgelöst durch Finanzspekulationen gegen die Tigerstaaten.

- Aber selbst mal angenommen, die Staaten würden sich auf eine Tobin-Steuer auf Finanzspekulationen einigen, was wäre dann gewonnen?!

Das tut ja geradezu so, als wäre Reichtum und Armut weltweit kein notwendiges Resultat des kapitalistischen *Produktionsverhältnisses*, sondern eine Frage der *gerechteren Verteilung*; und als wäre mit läppischen 1% Umsatzsteuer Elend und Hunger auf dem Globus beseitigt!

Frappant, wie wenig sich in der Vorstellungswelt der Globalisierungskritiker ändern muss, um die Welt zu verbessern...! Früher soll es einmal Kritiker gegeben haben, die dafür eine ganze Revolution für notwendig hielten!

Wenn Staatsmänner wie Schröder oder Chirac eine solche Steuer auf Weltwirtschaftsforen ins Spiel bringen, dann eben als ein Vorschlag, wie ein Minimum an Staatlichkeit in den „failing states“ gewährleisten könnte – und zwar nicht dadurch, dass der deutsche und französische Staat seinen eigenen Haushalt mit Ausgaben für diese Staaten belastet, sondern andere belastet, zum Beispiel die Finanzkapitalisten aus aller Welt mit einer Entwicklungssteuer. Und wenn dann die USA dies glattweg ablehnen, ist der Vorschlag sofort gestorben- aber immerhin haben sich die Deutschen und Franzosen

als die besseren, weil mit einem Herz für die Armen in der Dritten Welt ausgestatteten Imperialisten präsentiert. Und dafür kriegen sie dann Beifall von Attac!!!

- Die Freunde der Tobin-Steuer, die stolz darauf sind, ein realistisches Rezept zu haben, die Globalisierung zu zähmen, praktizieren nichts als eine *Ideologie*, nämlich ihren braven Glauben in den *eigentlich* guten, weil der *Wohlfahrt aller* verpflichteten Zweck des demokratischen Nationalstaates, der leider bloß nicht so kann, wie er eigentlich will, weil er unter dem Diktat der internationalen Finanzkonzerne steht.

Soweit zu den Freunden des Schuldenerlasses und der Tobin-Steuer. Zum Abschluss will ich aber doch noch eine *allgemeine Bemerkung* zu den Globalisierungsgegnern machen. *Eines* nämlich eint *alle* diese Gruppen, auch wenn die Auffassungen, die da in der „Bewegung“ nebeneinander existieren, oft genug recht gegensätzlich sind: sie alle nehmen die (in meinem ersten Teil des Vortrags kritisierte) Globalisierungs-*Ideologie* der Staaten *bitter ernst*. Sie alle glauben die Lagebeschreibung der Mächtigen, die Lüge von dem globalen Sachzwang, der die Nationalstaaten zur Ohnmacht verurteile, das Märchen vom Globalisierungsprozess, dem die Staaten unterworfen seien und der unausweichlich Sozialabbau, Rationalisierungen und Arbeitslosigkeit hierzulande und Opfer bei Menschen und Umwelt weltweit verursache. Insofern ist diese Bewegung nichts als ein *Produkt und Reflex* dieser modernsten Ideologie des Kapitalismus; es gibt diese Bewegung ja auch erst, seitdem Politiker und Manager in den G7-Staaten das Zeitalter der Globalisierung ausgerufen haben.

Von ihren Geburtshelfern unterscheidet sich die „Anti-Globalisierer“ allerdings in einem: sie glauben, dass bei allem Globalisierungszwang die „sozialen Kosten“ nicht sein müssten, das man beim Globalisieren doch glatt was gut oder schlecht, richtig oder falsch machen kann. Die herrschende Politik müsste nur weg von der „neoliberalen Ideologie“ und sich auf ihre „soziale Verantwortung“ besinnen. Die Pflicht des Nationalstaates sei es doch, den Kapitalismus zu zähmen, der als globaler so hemmungslos ist. Dann hätte man wieder lauter liebenswerte Nationen, am besten mit einem schönen Sozialstaat drin. Und die Macht dazu hätten ja die G7-Führer, wenn sie nur wollten.

Und wenn die sieben führenden Industriestaaten auf ihren Treffen überhaupt keine Anstalten dazu machen, die vermeintlichen Übertreibungen der Globalisierung rückgängig zu machen, ja wenn sie in ihrer „neoliberalen Verblendung“ betonen, die Chancen der Globalisierung würden noch gar nicht richtig genutzt, und das sei der Grund für die „sozialen Härten“ zu Hause und für das Elend in der Dritten Welt, dann fühlen sich die Globalisierungsgegner zu

Widerstand berechtigt. Also muss man die Bushs, Blairs und Schröders massenhaft an ihre soziale Verantwortung erinnern und/oder ihren Verrat an dieser Aufgabe demonstrativ vorführen. Von wegen Anti-!

Das Trostlose ist, dass es der moderne Kapitalismus tatsächlich geschafft hat, nicht nur den ganzen Globus gnadenlos zu erschließen, sondern auch noch *die Kritik an seinem System* ebenso weltumspannend zu erledigen. Theoretisch wie praktisch. Was aber nicht heißt, dass das nicht ginge. Zumindest die theoretische Kritik habe ich heute Abend vorgeführt...Und wenn man demonstrativ zu dem Gipfel hingehet, dann müsste man auf Flugblättern zur Kenntnis bringen, dass die Gipfelmacher die Charaktermasken und Produzenten all der kapitalistischen Verhältnisse sind, zu denen sie „Globalisierung“ sagen, um die Menschheit auf sich einzuschwören. Und nicht wie die Anti-Globalisierer an die Verantwortung der Machthaber appellieren, sich nicht der „Globalisierung“ blind zu unterwerfen, sondern sie gut zu managen...